

# infobrief 08/07 Kerstin Müller



Mitglied des Deutschen  
Bundestages  
Außenpolitische Sprecherin  
B90/Die Grünen

## NRW - Termine

- 17.** August            Bezirksrat NrW in Krefeld
- 18.** August            Mitgliederwerbekampagne in Köln-Ehrenfeld
- 20.** August            Kreismitgliederversammlung Köln
- 21.** August            Grüne Borken
- 22.** August            KMV Mettmann in Ratingen
- 23.** August            Hamm
- 31.** August            KMV Rhein/Sieg in Hennef
- 01.** September       Mitgliederwerbekampagne in Köln-Nippes
- 02.** September       Afghanistan-Ratschlag in Dortmund

## Themen

- 01** Afghanistan
- 02** Darfur
- 03** Libanon
- 04** Iran/USA
- 05** Namibia
- 06** Konferenzankündigung: Europa-Afrika

Liebe Freundinnen und Freunde,  
am 15. September wird es eine Sonder-BDK zu Afghanistan in Göttingen geben. Am 13. Oktober wird dann voraussichtlich im Bundestag über alle 3 Afghanistan-Mandate der Bundeswehr entschieden. Viele von Euch haben dadurch natürlich einen erhöhten Informations- und Diskussionsbedarf. Deshalb werde ich in den nächsten Tagen zu vielen Kreisverbänden unterwegs sein und meinen Beitrag zur aktuellen Debatte leisten. Ich freue mich auf die Diskussion!

Während das Afghanistan-Thema im Mittelpunkt der Veranstaltungen stehen wird, möchte ich Euch mit diesem Infobrief auch über andere außenpolitische Themen informieren, die gerade hochaktuell sind.

Ich wünsche Euch eine informative Lektüre und stehe natürlich für Nachfragen und Anregungen und Veranstaltungen zur Verfügung. Ich sehe Euch in Göttingen!

Eure Kerstin Müller

**Deutscher Bundestag**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
☎ (030) 2277 1 022  
📠 (030) 227 76 480  
✉ Kerstin.Mueller@bundestag.de  
www.kerstin-mueller-mdb.de

**Wahlkreisbüro**  
Ebertplatz 23  
50668 Köln  
☎ 0221 - 72 20 369  
📠 0221 - 97 25 710  
✉ Kerstin.Mueller@wk.bundestag.de  
Mitarbeiterin: Judith Hasselmann

## **01 Verlängerung der 3 Afghanistan-Mandate steht an**

Unter Rot-Grün haben wir entscheidend mit dazu beigetragen, dass der Militäreinsatz in Afghanistan in ein **internationales politisches Gesamtkonzept** eingebettet wird. Ein erfolgreicher Aufbau in Afghanistan war immer auch nicht nur deutsches, sondern insbesondere Grünes Projekt. Deshalb ist eine intensive Diskussion auch sehr wichtig für uns. Denn der Bundestag muss voraussichtlich am 13.10. über die Verlängerung der drei Bundeswehrmandate, die Afghanistan betreffen, entscheiden. Hier ein kurzer Überblick:

### **1. Das ISAF-Mandat**

ISAF ist die NATO-geführte internationale Unterstützungsmission für die afghanische Regierung. Sie ist UN-mandatiert und in einen politischen Gesamtansatz zum Wiederaufbau Afghanistans eingebettet. Deutschland ist Führungsnation im Norden, wo die Bundeswehr zwei PRTs (*Provincial Recontructions Teams*) stellt.

Erst letztes Jahr im Juli und Oktober wurde ISAF auch auf den Süden (Kanadier, Briten) und Osten (US-geführt) Afghanistans und damit auf Gesamt-Afghanistan ausgedehnt.

Hieran sind vor allem Amerikaner, Briten, Kanadier und Niederländer beteiligt. Bundeswehrsoldaten des ISAF-Kontingents können nur auf besondere Anfrage, d.h. ausnahmsweise und zeitweise für Unterstützungsaufgaben im Süden und Osten eingesetzt werden.

### **2. Das Tornado-Mandat**

Auf Anfrage der NATO hat Deutschland dieses Frühjahr ISAF zusätzlich 6 Tornado-Aufklärungsflugzeuge zur Verfügung gestellt. Die Mandatsobergrenze liegt bei weiteren 500 Soldaten, ca. 200 davon sind tatsächlich in Afghanistan im Einsatz. Die Tornados werden zur Luftaufklärung für ISAF in ganz Afghanistan eingesetzt. In der Bundestagsfraktion waren wir uns in der Grundanalyse einig, bei unterschiedlicher Gewichtung der Argumente – daher gibt es auch kein Grund für innerparteiliche Grabenkämpfe, denn zur Absicherung des Wiederaufbauprozesses brauchen wir eine durchsetzungsfähige ISAF.

### **3. Das OEF-Mandat**

OEF ist ein weltweiter US-geführter Anti-Terror-Einsatz gegen Al Quaida. Deutschland hat 100 KSK-Soldaten für OEF in Afghanistan bereitgestellt, die allerdings in den letzten zwei Jahren nicht mehr zum Einsatz kamen. Grüne meinen, OEF muss beendet werden, da er kontraproduktiv für den Erfolg von ISAF ist.

Klar ist:

- Militär kann die Probleme Afghanistans nicht lösen.
- Wir brauchen eine **politische** Gesamtstrategie  
d.h. einen Primat von zivilem Wiederaufbaus und *Afghan ownership*
- Allerdings muss dieser zivile Wiederaufbau militärisch abgesichert werden,

Auf dem Parteitag im Dezember herrschte große Einigkeit über die Grundstrategie. In Bezug auf die Tornadoeinsätze gibt es –wie ihr wisst- eine unterschiedliche Gewichtung.

**Gerne stellen wir Euch ein Faktensammlung zur Verfügung, sowie eine Auflistung der wichtigsten Fragen und Antworten zu diesem wichtigen außenpolitischen Thema. Bitte wendet Euch an mein Büro. In Kürze werden wir die Dokumente auch online stellen.**

## **02 – Darfur: jetzt nicht den Kopf in den Sand stecken!**

Am 31. Juli hat der UN-Sicherheitsrat endlich eine robuste Friedensmission (Unamid) für die westsudanesische Krisenprovinz Darfur beschlossen - mit 26 000 Soldaten die größte aller Zeiten. Kürzlich einigte sich ein Großteil der zersplitterten Rebellen auf eine gemeinsame Agenda für neue Friedensverhandlungen mit der Regierung. Das sind zwei wichtige Schritte, um den seit 2003 andauernden schleichenden Völkermord in Darfur zu beenden.

Doch was tut die Große Koalition? Vertreter lassen eilig verlauten: Deutschland wird sich an Unamid nicht beteiligen. Das ist politisch und moralisch eine Bankrotterklärung! Jahrelang bedauerte man die schreckliche Lage in Darfur, noch im April hat der Bundestag auf grüne Initiative interfraktionell beschlossen, dass die Bundesregierung die geplante Friedensmission unterstützen soll. Jetzt, da es ernst wird, will man davon nichts mehr wissen.

Dabei ist ganz klar: Es kann keine militärische Lösung des Darfur-Konflikts geben. Die Aussicht auf neue Friedensgespräche von Rebellen und Regierung ist der zentrale Angelpunkt. Ohne einen nachhaltigen Friedensprozess aller Kräfte in Darfur wird es keinen dauerhaften Frieden geben. Die bisherige Friedensmission der Afrikanischen Union (AU) ist gescheitert, weil es keinen erfolgreichen Friedensprozess gab - aber auch, weil sie zu klein und schlecht ausgerüstet ist, um einen Waffenstillstand abzusichern und Zivilisten vor Massakern zu schützen.

Die Bundeswehr leistet bisher auf Anfrage gelegentlich Hilfe beim Lufttransport für die AU-Mission. Dafür können bis zu 200 Soldaten eingesetzt werden. Dieses Kontingent muss auch Unamid zur Verfügung gestellt werden. Aber bei dieser immens wichtigen Friedensmission - Testfall der UN nach Ruanda - muss Deutschland mehr leisten, etwa im logistischen Bereich oder für die Führungsstäbe. Trotz Kapazitätsengpässen wegen Afghanistan muss genau geprüft werden, was den UN angeboten werden kann. Einfach den Kopf in den Sand zu stecken ist keinesfalls akzeptabel.

Das gilt erst recht bei der humanitären Hilfe für die Flüchtlinge und dem zivilen und diplomatischen Engagement für den Friedensprozess, und zwar nicht nur in Darfur. Inzwischen ist fast vergessen, dass es im Sudan auch einen verheerenden Nord-Süd-Bürgerkrieg gab. Der 2005 geschlossene Friedensvertrag ist trotz UN-Friedensmission im Süden des Landes akut gefährdet. Wir brauchen dringend ein stärkeres EU-Engagement zur Stabilisierung des gesamten Sudans - sonst drohen auch alle Versuche zur Beendigung der Darfur-Krise zu scheitern.

## **03 – Ein Jahr nach dem Libanon-Krieg**

Vor einem Jahr am 14. August beendete UN-Resolution 1701 den Krieg zwischen Hizbollah und Israel - nach viel zu vielen zivilen Opfern. Die UN-Mission UNIFIL im Südlibanon wurde massiv vor allem durch Truppen aus EU-Staaten aufgestockt und mit einem robusten Mandat ausgestattet – die Bundeswehr beteiligt sich mit Seestreitkräften, um Waffenschmuggel über den Seeweg zu unterbinden. Dieses Bundeswehrmandat läuft im September aus und der Bundestag muss über eine

Verlängerung entscheiden. Bisher ist UNIFIL erfolgreich – es kam zu keinen neuen Kämpfen und Mienenräumen wie Wiederaufbau schreiten voran.

Doch: es gibt bedenkliche Berichte über Waffenschmuggel über Land aus Syrien und Iran an die Hizbollah, Israel rechtfertigt damit militärische Überflüge und innenpolitisch herrscht im Libanon eine gefährliche gegenseitige Blockade von Regierungs- und Oppositionslager. Eine neue Gewalteskalation ist deswegen nicht ausgeschlossen. Die Verlängerung des deutschen UNIFIL-Mandats im September reicht deswegen nicht aus. Ohne zusätzliche diplomatische Initiativen zur Stabilisierung des Libanon kann UNIFIL nicht dauerhaft erfolgreich sein.

Für die EU und die UN steht mit UNIFIL viel auf dem Spiel. Kommt es zu einer neuen Gewalteskalation, dann sind sie als Friedensgarant in der Region verbrannt. Ein Erfolg im Libanon könnte dagegen auch beispielhaft für den israelisch-palästinensischen Konflikt sein.

## **04 – Iran: Kalten Krieg nicht im Nahen und Mittleren Osten fortsetzen**

Die angekündigten Waffenlieferungen von über mehr als 50 Milliarden US-Dollar in den Nahen und Mittleren Osten zeigen, dass die Bush-Administration nichts aus ihren Fehlern gelernt hat. Im Zeitalter asymmetrischer Bedrohungen wollen die USA vermeintlich verbündete Staaten gegen den Iran aufrüsten, ohne die fatalen Folgen zu bedenken. Autokratische Regime wie Ägypten und Saudi-Arabien sind nicht nur dauernde Menschenrechtsverletzer, sondern auch politisch äußerst instabil. Die Aufrüstung mit konventionellen Waffen nach Kalter-Kriegs-Manier ist deshalb völlig unverantwortlich. Ebenso bedenklich ist natürlich der von Frankreich angekündigte Atom- und Waffendeal mit Libyen. An den Waffenlieferungen verdient Deutschland durch den gemeinsamen Rüstungskonzern EADS fleißig mit.

Die US-Waffenexporte drohen die erwünschte "Eindämmung" des Iran ins Gegenteil zu verkehren: Sie sind zusätzlicher Anreiz für den Iran, möglichst schnell eine nukleare Bewaffnung zu erlangen. Ein neues Wettrüsten in der Region ist fatal und erhöht die Krieggefahr in der Spannungsregion. Die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten lassen sich nicht mit militärischen Mitteln lösen. Was die krisengeschüttelte Region dringend braucht, sind echte und umfassende diplomatische Bemühungen um die Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern, im iranischen Atomstreit und im Libanon ernsthaft voranzubringen. Waffenlieferungen erhöhen das Kriegsrisiko und dienen in erster Linie den Kassen amerikanischer Rüstungsfirmen.

## **05 – Namibia: Parlamentsdialog statt diktierte Versöhnungsinitiative**

Am 14. August 2004 entschuldigte sich Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul erstmals im Namen der Bundesregierung in Namibia für den Völkermord deutscher Kolonialtruppen an den Hereros und Namas. Das war ein längst überfälliger und wichtiger Schritt, für den wir Grüne uns seit den 80er Jahren im Bundestag eingesetzt hatten. Allerdings legte die Entwicklungsministerin auch sofort einen

finanziellen Rahmen für ihre Versöhnungsinitiative vor: neben der regulären Entwicklungshilfe sollen 20 Millionen Euro zusätzlich für Entwicklungsprojekte in den vom Völkermord betroffenen Gebieten finanziert werden.

Wir Grüne sind der Meinung:

Versöhnung kann nicht einseitig diktiert werden. Im letzten Oktober beschloss das namibische Parlament einstimmig – also über ethnische und Parteigrenzen hinweg – die namibische Regierung solle mit Deutschland in Verhandlungen über Kompensation für die betroffenen Gemeinden eintreten. Ich habe mich deswegen mit dem namibischen Botschafter in Deutschland und auch mit dem namibischen Parlamentspräsidenten Theo-Ben Gurirab und seiner Delegation Anfang Juli getroffen. Klar ist: Versöhnung braucht einen Dialog auf Augenhöhe – auch über die Höhe finanzieller Leistungen. Deswegen werden wir als Bundestagsfraktion eine Initiative für einen deutsch-namibischen Parlamentsdialog unter Einbeziehung der betroffenen namibischen Volksgruppen starten. Erst am Ende eines solchen Dialogs kann eine erfolgreiche Versöhnungsregelung stehen.

## **06 – Afrika und Europa– Aufbruch zu einer Neuen Partnerschaft**

Konferenz der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag  
30. November und 1. Dezember 2007 im Paul-Löbe-Haus, Berlin

Die Vorbereitung des EU-Afrikagipfels am 8./9. Dezember in Lissabon schreitet voran. Am Wochenende vorher, vom 30.11. bis zum 1.12.07 plant die Bundestagsfraktion eine Konferenz zum Thema „Afrika und Europa – Aufbruch zu einer neuen Partnerschaft“ der grünen Bundestagsfraktion. Afrikanisch-europäische Partnerschaft darf sich nicht auf Regierungskonsultationen hinter verschlossenen Türen beschränken. Sie muss in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Wir suchen deswegen mit dieser Konferenz den Dialog über unsere afrikapolitischen Positionen mit Menschen aus Afrika und Europa – mit RegierungspolitikerInnen, ParlamentarierInnen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft. Ein ausführliches Programm wird Euch voraussichtlich im Oktober zugehen. Wir freuen uns auf zahlreiche TeilnehmerInnen!

ausführliche Infos bekommt ihr über die federführenden Büros:

Kerstin Müller / Tel: 030-227-71022 oder [kerstin.mueller@bundestag.de](mailto:kerstin.mueller@bundestag.de)

Thilo Hoppe / Tel: 030-227-71870 oder [thilo.hoppe@bundestag.de](mailto:thilo.hoppe@bundestag.de)